



Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangenen Tage waren für unsere CDU-Familie nicht einfach: Maskenaffäre, unbefriedigende Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind nur einige Stichworte. Und die Nachricht vom Astrazeneca-Impfstopp trug auch alles andere als zur Aufhellung der Stimmung in der Pandemie angesichts wieder steigender Inzidenzen bei. Dazu gesellt sich die Tatsache, dass insbesondere die Sozialdemokraten sowohl in Nordrhein-Westfalen und auch im Bund die derzeit außergewöhnliche Situation schamlos für Wahlkampfzwecke missbrauchen. Für uns als CDU kann das nur heißen, unbeirrt weiter zu arbeiten im Dienste der Bürgerinnen und Bürger und – wenn es geboten ist – konsequent dagegenzuhalten, wie es beispielsweise Armin Laschet am vergangenen Montag getan hat.

Mit dem Wissen von heute Entscheidungen von gestern zu kritisieren, immer neue Forderungen aufzustellen, die oft gar nicht erfüllbar sind, hilft uns in der Krise nicht weiter. Die allerwenigsten derer, die stets alles besser wissen, mussten Entscheidungen treffen. Unsere Landesregierung hat, gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und FDP, bislang gehandelt. Ich bin dem Ministerpräsidenten, seinem Stellvertreter Joachim Stamp, unserem Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann und dem gesamten Kabinett sehr dankbar, dass sie die Grundhaltung einer abwägenden Politik gegen alle Kritik durchgehalten und umgesetzt haben.

Ein anderes Thema beschäftigt uns alle in diesen Tagen nicht minder: die Maskenaffäre. Die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat umfangreiche Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention vergleichbarer Fälle in der Zukunft beschlossen. Integrität und Anstand, wie sie Armin Laschet zu Recht für alle CDU-Bundestagsabgeordneten einfordert, sind unverzichtbare Voraussetzung auch für die Tätigkeit als Abgeordnete hier in Nordrhein-Westfalen. In diesem Sinne hat die CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalens beschlossen, ein eigenes Regelwerk für die CDU-Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen einzuführen. Über die bestehenden Verhaltensregeln des Landtages Nordrhein-Westfalen hinaus werden wir uns als CDU-Landtagsfraktion einen Verhaltenskodex geben, der ein Regelwerk einführt, das klar definiert, welches Verhalten wir von einem CDU-Landtagsabgeordneten erwarten. Für alle gilt: Entgeltliche Beratungs- oder Vermittlungstätigkeiten, die in einem direkten Zusammenhang mit dem Mandat stehen, sind auszuschließen. Um die Einhaltung und Durchsetzung des Verhaltenskodex sicherzustellen, werden wir einen Compliance-Beauftragten einrichten, der dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand regelmäßig berichtet.

Trotz der turbulenten Zeiten habe ich als Tourismusbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion dem Unternehmen der Familie Dingebauer in Wesel einen Besuch abgestattet. Auf den Hausbooten ist kontaktfreier Urlaub möglich. Ich werde mich dafür einsetzen, dass auch bei uns im Kreis Wesel Ferienwohnungen und Campingplätze schnellstmöglich wieder öffnen können, um kontaktfreie Erholung möglich zu machen. Auf Facebook können Sie, könnt Ihr dazu einen kleinen Film sehen. Ebenso ist dort ein weiterer Clip zu finden. Für die CDU-Landtagsfraktion wurde ich einen Tag lang mit der Kamera begleitet. Schauen Sie, schaut Ihr doch mal rein.

Ich wünsche trotz aller widrigen Umstände eine hoffnungsvolle vorösterliche Zeit und vor allem Gesundheit!

Ihre und Eure Charlotte Quik

AUS LANDTAG UND LANDESREGIERUNG

Landeskabinett beschließt bundesweit erstes Klimaanpassungsgesetz

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Entwürfe für ein novelliertes Klimaschutzgesetz und das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz verabschiedet und zur Beratung an den Landtag überwiesen. Mit der Überarbeitung des Klimaschutzgesetzes sollen die CO₂-Ziele deutlich verschärft werden. War im Klimaschutzgesetz von 2013 noch eine Minderung bis 2050 von mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 vorgesehen, soll nun bis 2050 Treibhausgasneutralität erreicht werden. Das Klimaanpassungsgesetz verpflichtet dazu, bei allen politischen Entscheidungen und kommunalen Planungsvorhaben einen Klimaanpassungs-Check vorzusehen. Ziel ist die nachhaltige und langfristige Verstärkung des Klimaanpassungsprozesses.

Wirtschafts- und Energieminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: „Das Klimaschutzgesetz von 2013 ist überholt. Um das im Pariser Klimaabkommen beschlossene Ziel zu erreichen, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, müssen wir alle noch ambitionierter werden und fokussierter am Klimaschutz arbeiten. Mit der Neuausrichtung der klimapolitischen Ziele, Rahmenbedingungen und Instrumente schaffen wir die Grundlagen dafür. Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zum modernsten und umweltfreundlichsten Industriestandort Europas



zu entwickeln und das 55-Prozent-Ziel bis 2030 sogar zu übertreffen. Spätestens 2050 wollen wir in allen Sektoren treibhausgasneutral wirtschaften.“

Umweltministerin Ursula Heinen-Esser: „Auch in Nordrhein-Westfalen ist der Klimawandel längst spürbar. Durch Klimaanpassung müssen wir uns gegen die Folgen stemmen und Stadt und Land zukunfts- und widerstandsfähig machen. Die jüngsten Wetterereignisse haben gezeigt, wie der Klimawandel wirkt und dass Extreme zunehmen: Im Februar etwa betrug die Temperaturdifferenz binnen einer Wo-

che mancherorts in Deutschland über 40 Grad. Mit einem eigenständigen Klimaanpassungsgesetz wollen wir Nordrhein-Westfalen so gut es geht klimafest machen. Dabei geht es um sehr konkrete Fragen: Wie gehen Kommunen mit Hitzetagen um, wo schaffen sie Abkühlung und durch welche Maßnahmen? Von zentraler Bedeutung sind der Ausbau grüner Infrastruktur und ein angepasstes Wassermanagement. Klimaanpassung ist Daseins- und Zukunftsvorsorge.“



Klimaschutzgesetz: Die Neuregelungen im Überblick:

Klimaschutzgesetz: Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes setzt sich die Landesregierung das Ziel, bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu wirtschaften. Mit einem ambitionierten Zwischenziel für 2030, das eine Minderung von 55 Prozent gegenüber 1990 vorsieht, sowie einem Klimaschutzaudit will das Land sicherstellen, dass 2050 bei den Treibhausgasemissionen eine Netto-Null steht. Die Emissionsminderung soll sozialverträglich erfolgen und nimmt nun – neben der CO₂-Minderung – auch die Bindung von Treibhausgasemissionen in den Fokus.

Klimaanpassungsgesetz: Mit dem bundesweit ersten eigenständigen Klimaanpassungsgesetzes soll die Klimafolgenanpassung fortan zum festen Bestandteil für die öffentliche Verwaltung werden. So soll auf kommunaler Ebene bei allen politischen Entscheidungen und Planungsvorhaben künftig ein Klimaanpassungscheck dafür sorgen, dass die Auswirkungen des Klimawandels stets mitberücksichtigt werden. Das Land verpflichtet sich, eine Klimaanpassungsstrategie zu erstellen und spätestens alle fünf Jahre fortzuschreiben. Generell ruft das Klimaanpassungsgesetz alle Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung auf. Alle öffentlichen Stellen fordert das Gesetz auf, sich strategisch auf den Klimawandel vorzubereiten.



Die vom Kabinett verabschiedeten Gesetzesentwürfe werden nun dem Landtag zur Beratung vorgelegt.

Nordrhein-Westfalen geht beim Klimaschutz voran: Beim Ausbau der Windenergie steht Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich auf Platz 1. 2020 wurden Anlagen mit einer Leistung von 314 Megawatt neu installiert. Bei der Photovoltaik belegt das Land mit neu installierter Leistung in Höhe von 479 Megawatt im Jahr 2019 bundesweit Platz 2. Von 1990 bis 2019 gingen die Treibhausgas-Emissionen in Nordrhein-Westfalen um 38,3 Prozent zurück und damit deutlich stärker als im Bund (35,7 Prozent).

Aktuelle Zahlen zum Klimawandel:

Das Jahr 2020 war laut Deutschem Wetterdienst (DWD) das wärmste Jahr in Nordrhein-Westfalen seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. Klimamodelle projizieren bei ungebremstem Treibhausgasausstoß im Vergleich zur Periode 1971-2000 eine Temperaturzunahme von 2,8 bis 4,4 Grad Celsius für den Zeitraum 2071-2100. Nach der vorläufigen Winterbilanz des DWD waren die zurückliegenden drei Monate in Deutschland zum zehnten Mal in Folge zu warm. Der Temperaturdurchschnitt im Winter 2020/21 lag um 1,6 Grad über der langjährigen Referenzperiode 1961 bis 1990. Erstmals in der Geschichte der Wetteraufzeichnungen wurden in Wintermonaten an sechs hintereinander folgenden Tagen Temperaturen von 20 Grad und mehr gemessen.

NRW-Innenminister Herbert Reul hat die Kriminalstatistik für das vergangene Jahr vorgelegt. Fazit: NRW geht sicherer – das haben wir bewiesen

Es ist sehr erfreulich, dass sich der gute Trend bei der Kriminalitätsentwicklung fortsetzt und wir den niedrigsten Stand bei den bekanntgewordenen Straftaten seit über 30 Jahren haben. Auch die Aufklärungsquote ist mit 52,8 Prozent weiter auf einem hohen Niveau. Wir haben versprochen: NRW geht sicherer – und das hat die NRW-Koalition von CDU und FDP gehalten. Nicht verwunderlich ist der Anstieg der Computerkriminalität im Corona-Jahr, da sich immer mehr Kriminelle im Internet bewegen. Es ist unsere politische Aufgabe, die Polizistinnen und Polizisten für die digitale Welt ebenso gut auszurüsten wie für die reale. Bislang hat die Polizei nur sehr begrenzte Befugnisse und läuft der Computerkriminalität oftmals hinterher. Deshalb brauchen wir eine offene Debatte über Chancen und Grenzen der Verkehrsdatenspeicherung, mit der wir Spuren im Netz sichern könnten, wie wir es an jedem Einbruchstatort längst tun.

Dringenden Handlungsbedarf haben wir bei den Betrugstaten zum Nachteil von älteren Menschen. Mich widern die Täter an, die hochbetagte Menschen ängstigen und traumatisieren und so oft um alles bringen, was sie in einem langen Leben mit harter Arbeit angespart haben. Ein gemeinsamer Antrag mit der FDP, der eine verstärkte Präventionsarbeit in diesem Deliktsbereich zum Ziel hat, wurde Ende des vergangenen Jahres im Landtag beschlossen. Ein

Ansatzpunkt ist die stärkere Zusammenarbeit mit Banken, Telefonanbietern, Apotheken und Ärzten zum Zweck der Aufklärung.

Der weitere Anstieg der Tatzahlen im Bereich des Kindesmissbrauchs sowie des Geschäfts mit Missbrauchsdarstellungen zeigt zum wiederholten Male die gute Arbeit unserer nordrhein-westfälischen Ermittlerinnen und Ermittlern. Denn hinter der Steigerung steckt mit großer Sicherheit, dass mehr Taten aufgedeckt

und vom Dunkel- ins Hellfeld gezogen werden. Unseren Spezialistinnen und Spezialisten bei der Polizei, die täglich gegen diesen Abgrund unserer Gesellschaft arbeiten, gebührt unser Dank. Deshalb war es richtig, dass wir für sie im Landtag NRW eine Erschwerniszulage in Höhe von 300 Euro monatlich auf den Weg gebracht haben, die seit diesem Jahr ausgezahlt wird.



NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach hat die Jahresbilanz zur öffentlichen Wohnraumförderung 2020 vorgestellt. Die Zahlen zeigen, dass die NRW-Koalition beim Wohnungsbau Wort gehalten hat.

In Nordrhein-Westfalen sind 2020 mit über einer Milliarde Euro Wohneinheiten gefördert und bewilligt worden - ein finanzielles Plus ebenso wie bei der Anzahl der geförderten Wohnungen. Es gibt zudem einen Höchststand bei Baugenehmigungen zu vermieten, Höchststände an Wohnraumförderung, einen Höchststand an Gesamtwohnungen und NRW und einen Höchststand an neugebauten Wohnungen. Seit Sommer 2017 ist das Ziel dieser Landesregierung und der NRW-Koalition, ein Mehr an Wohnungsbau in allen Segmenten zu erreichen. Und die bisherige Bilanz kann sich sehen lassen. Das alles ist der Opposition natürlich nicht genug, die als abgewählte Vor-

gängerregierung in diesem Bereich wahrlich keine ruhmreiche eigene Bilanz vorzuweisen hat.

2019 wurden in Nordrhein-Westfalen so viele Wohnungen fertiggestellt wie seit 15 Jahren nicht mehr. Dass diese Regierung zu wenig für den sozialen Wohnungsbau mache, ist ebenso falsch wie Kritik an angeblich weniger Barrierefreiheit. Sie entbehrt schlicht jeder Grundlage: Im Vergleich zur rot-grünen Vorgängerregierung haben wir die Kriterien für den barrierefreien Wohnungsbau deutlich angezogen. Die Landesregierung hat mit der neuen Landesbauordnung zum Januar 2019

einen Paradigmenwechsel in puncto Barrierefreiheit eingeleitet. Am morgigen Freitag werden im NRW-Landtag Sachverständige zur neuen Landesbauordnung gehört. Dabei wird dann hoffentlich die Mär ausgeräumt, wir würden den nachträglichen Einbau von Treppenhilfen erschweren, was gerne von der Opposition behauptet wird. Tatsächlich wird das Verfahren schneller und einfacher. Die neue Bauordnung ist ein riesiger Sprung für die gesellschaftliche Teilhabe von älteren und behinderten Menschen im Vergleich zur Legislaturperiode von Rot-Grün.



NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach

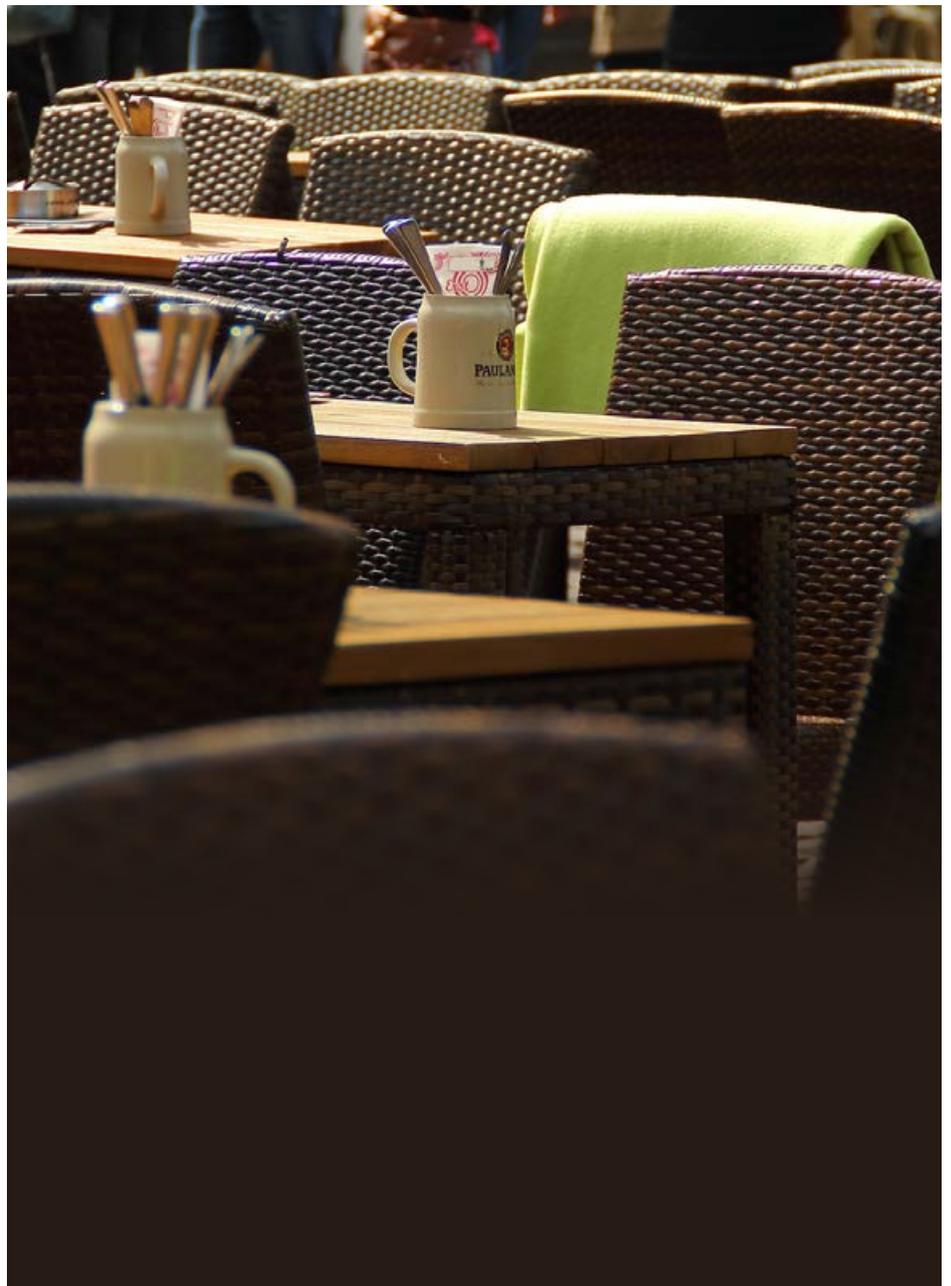
Foto: www.mhkg.nrw

SPD-Populismus: Freibierlaune hilft den Brauereien nicht

Die SPD hat die Brauereien und Biertrinker für ihren Wahlkampf entdeckt. Gegen lecker Pils, Alt oder Kölsch kann schließlich niemand etwas haben. Nur ist die heute von der SPD vorgetragene Idee, mal eben die Biersteuer in NRW auszusetzen oder zu erstaten, noch schaler als Bier von vorgestern. Der Vorschlag bringt allenfalls der SPD eine Meldung in der Zeitung, aber unseren Brauereien nichts.

Unstrittig ist, dass Brauereien stark unter der Corona-Krise und geschlossener Gastronomie leiden und ihnen die Absatzmärkte weggebrochen sind. Für die Umsatzausfälle gibt es Hilfsprogramme des Bundes, die sicher noch besser und passgenauer greifen könnten.

Die SPD fordert aber jetzt in Freibierlaune: Weg mit der Biersteuer, die mit etwa 9 Cent pro Liter erhoben wird. Oder sie soll mit einem Schluck aus der Pulle über den Corona-Rettungsschirm erstattet werden. Axel Stauder, Geschäftsführer der gleichnamigen Privatbrauerei aus Thomas Kutschatys Wahlkreis, hat es in einem Pressegespräch selbst gesagt: Die Brauereien produzieren derzeit deutlich weniger Bier. Was Brauereien weniger produzieren oder gar wegschütten mussten, darauf wird auch keine Biersteuer erhoben. Der Vorschlag hilft also nicht weiter und hinterlässt den schalen Beigeschmack, dass die Presse-Show der SPD wieder eine reine PR-Nummer war.



AUS DEM BUNDES RAT

NRW als Treiber einer modernen Agrarpolitik

Der Bundesrat hat in seiner 1000. Jubiläums-sitzung zwei nordrhein-westfälische Initiativen beschlossen, mit denen eine nachhaltige und moderne Entwicklung der Landwirtschaft weiter vorangebracht werden soll: Eine soll Preis-dumping bei Lebensmitteln unterbinden, die zweite strebt strengere Tierschutzregeln für Tiertransporte an. Nordrhein-Westfalen zeigt bei der 1000. Bundesratssitzung einmal mehr, dass es Treiber einer modernen deutschen Agrarpolitik ist. Wir nehmen die Lebensmittelversorgung ganzheitlich in den Blick: Die Landwirtinnen und Landwirte müssen von ihrer Arbeit leben können, Nachhaltigkeit und die Qualität für Verbraucherinnen und Verbraucher in den Fokus rücken. Ich bin stolz, dass NRW zwei weitere wichtige Impulse dazu geben konnte.

Den Preisverfall insbesondere beim Fleisch zu stoppen, ist ein Herzensanliegen der NRW-Koalition und unserer Ministerin Ursula Heinen-Esser. Denn Dumpingpreise schaden allen – den Bäuerinnen und Bauern, den Verbraucherinnen und Verbrauchern und natürlich den Tieren. Preise müssen abbilden, was die Zucht und Versorgung eines Tieres wirklich wert ist. Ein Gutachten der Landesregierung hat gezeigt: Ein Werbeverbot über Tiefpreise ist hier rechtlich möglich. Jetzt ist der Bund gefragt.

Der Bundesrat hat zudem auf unsere Initiative hin die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene für strengere Regeln



Ursula Heinen-Esser, NRW-Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Foto: land.nrw

bei Tiertransporten einzusetzen. Sehr lange Transporte oder solche bei Tiefst- und Höchsttemperaturen müssen verhindert werden. Zudem sollte es ein Verbot von Transporten in Drittstaaten geben, wenn befürchtet werden muss, dass die Tiere dort nicht ausreichend versorgt und tierschutzgerecht behandelt werden.

Die NRW-Koalition aus CDU und FDP hat in

dieser Legislaturperiode in Nordrhein-Westfalen einen Paradigmenwechsel zu mehr Tierwohl in der Landwirtschaft eingeleitet. Meilensteine waren etwa unsere Nutztierhaltungsstrategie sowie die Einsetzung einer Tierschutzbeauftragten. Wir sind froh, dass unsere Forderungen nach mehr Qualität und Fairness in der Lebensmittelproduktion auch über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus gehört und umgesetzt werden.

AUS DEM KREIS WESEL

CDU Kreis Wesel bleibt auch in Coronazeiten diskussionsfreudig - Format „Hör mal, CDU!“ mit hochkarätigen Gästen stößt auf großes Interesse

Der CDU Kreisverband Wesel bleibt auch in Coronazeiten diskussionsfreudig. Das neue digitale Format „Hör mal, CDU!“, das wöchentlich donnerstags am frühen Abend als Videokonferenz stattfindet, wird sehr gut angenommen. Über die große Resonanz der ersten Veranstaltungen haben wir uns sehr gefreut. Aus diesem Grund werden wir das Format weiter fortsetzen. Moderiert wurden die bisherigen Veranstaltungen von der Mitgliederauftragten Julia Zupancic, Schatzmeister Timo Juchem, Sascha van Beek und mir.

Begonnen hat die Veranstaltungsreihe mit einer Diskussion rund ums Impfen im Kreis Wesel mit Ingo Brohl. Anschließend stand der niederrheinische Europaabgeordnete Stefan Berger zu den Themen „Wolf“ und „Impfstoffbeschaffung auf europäischer Ebene“ Rede und Antwort. Anschließend war die Bundestagsabgeordnete Marie-Luise Dött zu Gast und referierte und diskutierte zum Thema „Soforthilfen und Auswirkungen auf die Coronapandemie auf die Wirtschaft“.

In der darauf folgenden Woche gab es gleich zwei Veranstaltungen. Dr. Günter Krings, CDU-Vorsitzender des Bezirks Niederrhein, Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des In-

tern, hatte sich aus Berlin zugeschaltet, Thema: „Grundrechtsbeschränkungen durch Corona“. Nach seinen einleitenden Worten entwickelte sich eine lebhafte Debatte über das Spannungsverhältnis zwischen Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger und der staatlichen Verpflichtung zum Gesundheitsschutz in einer Pandemie. „Für mich ist ganz wesentlich“, betonte Günter Krings, „nicht die Ausübung von Grundrechten muss gerechtfertigt werden. Vielmehr müssen die Einschränkungen überzeugend begründet und ihre Erforderlichkeit regelmäßig überprüft werden.“ Dies, so Krings, gelte umso mehr, weil die nationale Impfkampagne doch immer besser in Schwung komme.

Dann war dann die Bundestagsabgeordnete Kerstin Radomski virtuell zu Gast. Sie hatte sich ebenfalls aus Berlin eingewählt und gab einen Überblick über die Auswirkungen der Coronakrise auf den Bundeshaushalt und die damit verbundenen großen finanzielle Herausforderungen. Ebenso wichtig war ihr jedoch ein Ausblick in die Zukunft: Wo müssen heute investiert werden, um morgen gut aufgestellt zu sein? Damit standen dann Themen

wie Mikroelektronik, Quantentechnik, grüner Wasserstoff und Künstliche Intelligenz im Mittelpunkt der Diskussion. Kurz vor Ende der Videokonferenz wurde sie zu einer namentlichen Abstimmung ins Plenum gerufen und nahm die Teilnehmerinnen und Teilnehmer virtuell mit durch den Bundestag.

Am 4. März stand ich stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend im Landtag Nordrhein-Westfalen den Mitgliedern der CDU Kreis Wesel über die Familienpolitik in Coronazeiten Rede und Antwort. Unlängst referierte unsere Kreisvorsitzende, Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Sabine Weiss über die Coronalage in Deutschland. Am Donnerstag, 18. März, wird der Generalsekretär der NRW CDU, Josef Hovenjürgen, virtuell zu Gast sein.



AUS DEM KREIS WESEL

Lebhafte Diskussion zwischen Landwirten und dem Bundestagsabgeordneten Johannes Röring über das Insektenschutzgesetz



Das Bundeskabinett hat das „Insektenschutzgesetz“ im Februar beschlossen. Dieser Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes durchläuft nun die parlamentarischen Beratungen. Zu diesem Thema hatte ich zu einer digitalen Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Röring aus dem Nachbarkreis Borken eingeladen, an der zahlreiche Landwirtinnen und Landwirte aus dem Kreis Wesel und Gäste teilnahmen, darunter der Vorsitzende der Kreisbauernschaft, Johannes Leuchtenberg, Kreislandwirtin Anna Kleinheßling und der Vorsitzende des CDU-Kreisagrarausschusses, Heinz-Josef Hensen. „Mit dem Entwurf gehen harte Einschnitte für die Bäuerinnen und Bauern einher“, betonte Röring, der ankündigte, dem Gesetz in dieser Form nicht zuzustimmen.

Zahlreiche Kritik gab es dann auch von den Teilnehmern der Videokonferenz. Die Landwirte stellten sich die Frage, wie sie ihre Flächen weiter bewirtschaften können. Sie befürchteten, durch das massiv ausgeweitete Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nur noch eingeschränkt auf ihren Flächen wirtschaften zu können. Tenor: „Man muss Insekten schützen, man muss aber auch Familien und ihr Eigentum schützen.“

„Gesetze verlassen den Bundestag immer anders, als sie hineingekommen sind“, betonte Röring, der trotz aller Kritik verdeutlichte, CDU/CSU seien immer noch eine Partei für die Bauern. Ich habe die Wichtigkeit betont, im Gespräch zu bleiben. In den kommenden Wochen

und Monaten gilt es nun, sich in der parlamentarischen Auseinandersetzung für praktikable Lösungen für die Landwirtschaft einzusetzen. Natur- und Insektenschutz gehen nur gemeinsam mit der Landwirtschaft, nicht gegen sie.



Bundestagsabgeordneter Johannes Röring

Zu Gast beim Unternehmen „Hausboot Niederrhein“ der Familie Dingebauer Als Tourismusbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion habe ich den Diersfordter Waldsee besucht

Kürzlich habe ich als Tourismusbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion dem Unternehmen „Hausboot Niederrhein“ der Familie Dingebauer am Diersfordter Waldsee einen Besuch abgestattet. Das ist ein tolles Tourismusunternehmen hier bei uns am Niederrhein, das ich schon öfter besuchen durfte und et tut weh, unter den aktuellen Umständen hierher zu kommen. Das Auftragsbuch ist voll, die Hausboote sind leer. Das ist den Kontaktbeschränkungen der Corona-Pandemie geschuldet. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass es in diesem Bereich gerade hier, wo Menschen auf kontaktlose Art und Weise Erholung suchen, schnellstmöglich zu Öffnungen kommt. Wir müssen nun unter Berücksichtigung des Pandemieverlaufes die Tourismusbranche und ihre Unternehmen wieder auf den Weg dorthin bringen, auf dem sie vor der Pandemie waren.

Die Familie Dingebauer vermietet auf dem Diersfordter Waldsee Hausboote in der Regel für zwei Personen mit Sauna. „Wir haben ein ausgeklügeltes Hygienesystem, so dass die Gäste kontaktlos anreisen können“, betonen Dorothee und Volker Dingebauer. „Die Gäste sind auf den Hausbooten ganz für sich und können die Seele baumeln lassen.“ Die Hausboote sind bis November auch an den Wochentagen ausgebucht. Doch die Einnahmen bleiben seit Monaten aus – was vor dem Hintergrund der Investitionen in die Hausboote allmählich zum ernstesten Problem wird.



Ich freue mich, wenn die Menschen bald wieder die Möglichkeit haben, diese wunderbare Atmosphäre wieder genießen zu können und werde mich auf Landesebene für den Tourismus in ganz Nordrhein-Westfalen und auch am heimischen Niederrhein einsetzen. Jetzt brauchen wir kluge Instrumente für verantwortungsvolle Öffnungsschritte. Apps zum Beispiel können die effiziente Nachverfolgung

unterstützen und damit helfen, dass die Gesundheitsämter auch mit Inzidenzen von mehr als 50 klarkommen. Mit Check-in/Check-out-Lösungen im Restaurant, Handel oder Fitnessstudio, im Kino, Event oder am Skilift wäre wieder viel mehr normales Leben möglich, natürlich weiter unter Einhaltung der AHA-Regeln.

SPORTFÖRDERUNG

Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ –
Viele weitere Vereine im Kreis Wesel profitieren:

Diese Vereine im Kreis Wesel profitieren:

Dinslaken: Bürger-Schützenverein Oberlohberg 1907 e.V. (Sportschießen)

- Modernisierung der KK-Bahn (50m+100m) nach aktuellen Sicherheitsvorschriften des BMI (Gesamtkosten: 65.325 €, Förderung: 33.780 €)

Voerde: Reiterverein Voerde e.V. (Reiten)

- Modernisierung des Springplatzes (Gesamtkosten: 56.558 €, Förderung: 42.419 €)

Voerder Tanzsportclub Rot-Weiß 1987 e.V.

- Barrierefreier Zugang, Austausch der Haustüranlage, Anschaffung einer Reinigungsmaschine (Gesamtkosten: 18.550 €, Förderung: 10.000 €)
- Modernisierung der Beleuchtung, technisch energetischer Umbau (Gesamtkosten: 19.625 €, Förderung: 11.525 €)

Voerde: Bürger-Schützen-Verein Mehr-Ork-Gest (Sportschießen)

- Modernisierung der Fenster und Türen (Gesamtkosten: 15.223 €, Förderung: 11.017 €).

Wesel: PSV Wesel-Lackhausen 1928 e.V. (Fußball)

- Energetische Modernisierung der Heizungsanlage und der Wasseraufbereitung (Gesamtkosten: 40.353, Förderung: 30.000 €).

Haminkeln: Tennisclub Brünen (Tennis)

- Modernisierung der Umkleidekabinen und Sanitäranlagen (Gesamtkosten: 33.000 €, Förderung: 24.000 €)

SV Rheinkraft Ginderich 1926 e.V. (Fußball)

- Einbau einer Bewässerungsanlage (Gesamtkosten 25.780, Förderung: 20.000 €).

Sportgemeinschaft Neukirchen-Vluyn

- Kanalerneuerung auf dem Vereinsgelände (Kosten: 284.000 Euro, Förderung: 156.160 Euro)

Schützenverein Damm von 1698 e.V.

- Barrierefreier Umbau des Schützenhauses (Kosten: 61.000 Euro, Förderung: 36.600 Euro)

Bürger-Schützen-Verein Germania Voerde von 1749

- Modernisierung der Schießstände (Kosten: 32.884 Euro, Förderung: 24.584)

Reitsportverein St. Hubertus Wesel-Obrighoven

- Modernisierung des Daches (Kosten: 255.000 Euro, Förderung: 200.000 Euro)

**Bürgersprechstunde
mit vielen Gesprächen!**

**Danke für den
guten Austausch.**



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Charlotte Quik MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt

Landtagsbüro: 0211/ 884 4365
Wiss. Mitarbeiter Lukas Schulte
lukas.schulte@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro: 0281/ 4757 2835
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Van-Gent-Straße 3
46483 Wesel
Wiss. Mitarbeiter Elmar Venohr
elmar.venohr@landtag.nrw.de